

Deutschland vor den Herausforderungen der Globalisierung

Entsprechend ihrem Selbstverständnis, sich nicht »in einer Nische der pluralistischen Gesellschaft mehr oder weniger bequem ein[zurichten«, sondern »Ferment einer gerechten und solidarischen Gesellschaftsordnung« zu sein (SW 253), nehmen die Kirchen in ihrem Anfang 1997 erschienenen Sozialwort¹ pointiert auch zu den Herausforderungen der Globalisierung Stellung. Während das erste Thesenpapier² zu Beginn des Konsultationsprozesses noch stark von der »Standortdebatte« geprägt war, überschreitet das Sozialwort die enge, allein auf das Wohl Deutschlands ausgerichtete Perspektive und öffnet sich stärker der Notwendigkeit, globale Verantwortung mitzutragen. Dies bedeute, so heißt es in SW 242 sogar, daß »alle nationalen Entscheidungen auch aus der Sicht dieser Einen Welt zu treffen sind.« Im folgenden geht es darum, den Herausforderungscharakter der Globalisierung herauszuarbeiten. Dazu gehe ich zunächst auf den Prozeß der Globalisierung selbst und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands ein, um daran anschließend die weltweite Verantwortung Deutschlands und die entsprechenden Aussagen des Sozialworts dazu darzustellen.

¹ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit: Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Eingeleitet und kommentiert von Marianne Heimbach-Steins und Andreas Lienkamp unter Mitarbeit von Gerhard Kruij und Stefan Lunte. München 1997.

² Unsere Verantwortung für Wirtschaft und Gesellschaft. Thesen für den Konsultationsprozeß zur Vorbereitung eines Wortes der deutschen Bischöfe zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, in: Unsere Verantwortung für Wirtschaft und Gesellschaft (Arbeitshilfen 116), S. 9–26.

Der beschleunigte Globalisierungsprozeß und seine Risiken

Globalisierung ist eigentlich in der Weltgeschichte nichts Neues. Schon früher haben die Ausweitung von Handelsbeziehungen und die Ausbreitung von politischen Herrschaftssystemen die Lebensverhältnisse vor Ort verändert. Neu ist die alle Lebensbereiche erfassende Tiefenwirkung und die zunehmende Beschleunigung dieses Prozesses.³ Dank dramatisch gesunkener Informations- und Transportkosten und dem Abbau von Handelsschranken spielen räumliche Distanzen kaum mehr eine Rolle, haben sich die nationalen und regionalen Märkte zunehmend zu einem einzigen Weltmarkt verbunden. Wissensströme, Technikentwicklungen, Produktionsverfahren und Managementstrategien werden weltweit optimal komponiert und integriert⁴. Viele Güter gibt es nur noch »made in the world«. Produktionsstandorte, Produkte, Dienstleistungen, Kapitalanlagen und Arbeitskräfteangebote aus allen Teilen der Welt treten miteinander in direkte Konkurrenz. Während seit der Kolonialzeit die »Mutterländer« und späteren hochentwickelten Industrienationen durch eine »Konkurrenz von oben« traditionelle Produktionsstandorte in den sogenannten Entwicklungsländern gefährdet und zu teilweise äußerst schmerzlichen Anpassungen gezwungen haben, nimmt mittlerweile die »Konkurrenz von unten« zu, insbesondere durch ein steigendes Angebot billiger Arbeitskräfte. Die »klassische Arbeitsteilung« zwischen »Erster« und »Dritter Welt« (Austausch von Rohstoffen gegen Fertigwaren) hat sich so verändert, daß heute dank wachsender Qualifikation der Arbeitskräfte industrielle Zwischenprodukte und Fertigwaren auch in der »Dritten Welt« hergestellt werden, wobei es im-

³ Ausführlicher dazu und mit Hinweisen zur wichtigsten Literatur: Gerhard Kruip: Globalisierung als Chance für universelle Solidarität. Situation und Perspektiven der »Entwicklungszusammenarbeit«. In: Hans-Joachim Höhn: (Hrsg.): Christliche Sozialethik interdisziplinär. Grundlagen und Perspektiven. Frankfurt/M. 1997.

⁴ Die Volkswagen AG beispielsweise erwägt den Aufbau eines globalen Entwicklungsverbundes mit dem Ziel, die Entwicklungszeiten dadurch zu reduzieren, daß in verschiedenen Zeitzonen rund um die Uhr gearbeitet werden könnte: Süddeutsche Zeitung, 7.7.97.

mer noch charakteristische Strukturen gibt: Während in der Automobilindustrie die Vorreiterrolle von Japan, Deutschland und den USA noch unumstritten ist, wird die Weltkleidungsproduktion inzwischen zu über 50% in Asien bestritten⁵. Aber Indien ist heute auch schon der zweitgrößte Software-Exporteur der Welt. In manchen Publikationen werden die Industrieländer schon als NDCs (newly declining countries) bezeichnet.

»Globalisierung« bedeutet keine harmonische Integration mit fairem Interessenausgleich in einem zum Schlagwort gewordenen »global village«, sondern erzwungene und kaum regulierbare wechselseitige Konfrontation mit den möglicherweise besseren Produkten, geringeren Lohnkosten, niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards, höheren Zinsen und Renditen der jeweils anderen. Verschärft wird der Anpassungsdruck noch durch die große Unübersichtlichkeit insbesondere der Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten und die wachsende Unsicherheit darüber, welche möglicherweise nur kleinen Fehler große wirtschaftliche Schäden hervorrufen können. Geldsummen unübersehbaren Ausmaßes, schätzungsweise an die 500.000 US-Dollar pro Sekunde, werden zwischen den Finanzplätzen hin- und hergeschoben. »Vor allem im monetären Bereich zeigt sich, daß die globale Mobilität des Geldkapitals die einzelnen Nationalstaaten vor Anpassungszwänge stellt, die sowohl die gesellschaftlichen Ungleichheiten als auch die globalen Instabilitäten noch vertiefen können.«⁶ Der mit der Globalisierung verbundene Prozeß »schöpferischer Zerstörung« (Schumpeter) könnte sehr wohl auch im Interesse aller liegen. Aber ohne minimale Steuerung und ohne den Ausgleich elementarer Risiken droht er zu einer »Globalisierungsfalle« zu werden, aus der nur sehr wenige mit positiven Ergebnissen hervorgehen werden. Zumindest dürften bestehende Disparitäten eher verschärft als gemindert werden. Auch deuten die derzeitigen Tendenzen darauf hin, daß die Glo-

⁵ Peter Nunnenkamp/Erich Gundlach/Jamuna P. Agarwal: Globalisation of Production and Markets. Tübingen 1994, 44-80.

⁶ Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt am Main 1994, 45.

balisierung bisher doch nur relativ wenige Länder in das Weltsystem voll integriert. Sie erzeugt »Dritte Welten« mitten in der »Ersten«, »Erste Welten« mitten in der »Dritten« und obendrein eine von der Dynamik der anderen Welten weitgehend ausgeschlossene »Vierte Welt«.⁷

Eine wichtige Auswirkung auf die Rolle und Bedeutung des Nationalstaates wird oft übersehen.⁸ Nach innen wird seine Funktion des Interessenausgleichs zwischen antagonistischen Gruppen und die Schaffung des »sozialen Friedens« durch Minderung seiner ökonomischen Ressourcen und seines politischen Handlungsspielraums stark eingeschränkt. Der Staat wird auf die Rolle des korporatistischen Arrangeurs der Unterordnung aller Interessen unter die Konkurrenzbedingungen des Weltmarktes reduziert. Die Umsetzung der Ergebnisse von demokratischen Willensbildungsprozessen der Bürger/innen wird auf nationaler Ebene zunehmend schwieriger, während auf globaler Ebene für die notwendige Gestaltung des Prozesses kaum adäquate Institutionen vorhanden sind. Das globale Wirtschaftsleben wird bestimmt von multinationalen Akteuren, die große Chancen haben, sich dem Zugriff nationaler Instanzen zu entziehen. Ihr Erfolg kommt nicht mehr selbstverständlich den Herkunftsländern zugute: Unter dem internationalen Konkurrenzdruck und bei ständig wachsender Produktivität sind es gerade die erfolgreichen Unternehmen, die Arbeitsplätze in ihren Herkunftsländern abbauen, um ihre Konkurrenzfähigkeit durch Internationalisierung der Produktion zu erhöhen. Mit dem Nationalstaat als gesellschaftsgestaltendem Akteur gerät auch der Wohlfahrtsstaat in die Krise, der hi-

⁷ Vgl. Jürgen Neyer: Das Ende von Metropole und Peripherie? Soziale Inklusion und Exklusion in der entgrenzten Weltwirtschaft, in: *Peripherie* 59/60(1995), 10-29.

⁸ Zu den politischen Konsequenzen des Globalisierungsprozesses vgl. Joachim Hirsch: *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin, Amsterdam 1995; Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, Münster 1996; Robert B. Reich: *Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie*, Frankfurt/M. u.a. 1993.

storisch an die Entstehung des Nationalstaates gebunden war. Der demokratische Nationalstaat wird machtloser gegenüber ökonomischen Entscheidungen und Entwicklungen, die die Bedingungen seines Handelns aber weit stärker bestimmen als früher. Andererseits können diese Einschränkungen auch positive Disziplinierungswirkungen haben: Sie vermeiden politische Experimente mit ungewissem ökonomischem Erfolg und wirken der Versuchung entgegen, durch Wahlgeschenke, die die Inflation anheizen, an der Macht zu bleiben. Es kommt dadurch in vielen Ländern zu einer bemerkenswerten Verstetigung und globalen Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken.

Nach außen treten die Staaten (oder Staatengruppen, die sich über Freihandelszonen zusammenschließen, um auf dem Weltmarkt besser bestehen zu können) gegeneinander als Standortwettbewerber um Investitionen in Konkurrenz, was zunehmend auch die einvernehmliche Regelung der nicht-ökonomischen Fragen beeinträchtigt. Unter dem Druck der Sicherung der eigenen Positionen verlieren sie mehr und mehr aus dem Blick, daß auch die internationale Konkurrenzsituation gestaltet werden müßte und daß dazu die einzelnen Staaten weltgemeinwohlorientiert zusammenwirken müßten. In diesem Spiel ist jeder Staat Partei; niemand kann eine neutrale Position einnehmen, auch nicht die immer von den Interessen der mächtigeren Staaten zumindest stark beeinflussten internationalen Institutionen.

Deutschland vor der wirtschaftlichen Herausforderung der Globalisierung

Nach Angaben des World Competitiveness Yearbook des renommierten Instituts für Management-Entwicklung (IMD) in Lausanne, das anhand ausgewählter Kriterien ein aktuelles »ranking« der wettbewerbsfähigsten Länder erstellt, ist Deutschland zwischen 1993 und 1997 vom fünften auf den 14. Platz zurückgefallen, während beispielsweise Finnland, Norwegen, die Niederlande und Großbritannien

ihre Positionen verbessern konnten⁹. Anders als in den eingeführten Routinen der »Standortdebatte« hierzulande wird die gefährdete Wettbewerbsfähigkeit jedoch nicht nur auf hohe Löhne, Lohnnebenkosten und Steuern zurückgeführt. Als besonders negativ werden vom IMD die binnenwirtschaftliche Entwicklung (Platz 26), die Regierungspolitik (Platz 25), vor allem die Verzögerung angekündigter Reformen, und das wirtschaftliche Management (Platz 25) bewertet, während das wissenschaftliche und technische Potential (Platz 3) und die Verflechtung mit der Weltwirtschaft (Platz 7) als sehr gut bis gut betrachtet werden. Seit Jahren nimmt Deutschland mit einem Anteil an den weltweiten Ausfuhren von 10,4% (1995) unter den Exportnationen Platz zwei hinter den USA und vor Japan ein und erwirtschaftet wachsende Ausfuhrüberschüsse.¹⁰ Der größte Teil des Außenhandels wird mit Ländern der EU, den USA und Japan abgewickelt. Für die meisten Nachbarländer ist Deutschland der wichtigste Handelspartner. Insbesondere die Automobilindustrie konnte ihre Exporte in der ersten Hälfte des Jahres 1997 bereits erheblich um 5% steigern.¹¹ Die Exporterfolge sind derzeit die einzige Stütze der Konjunktur. Ungünstiger sieht die Situation jedoch hinsichtlich der Investitionen aus, wobei die Richtung der Investitionsströme nur bedingt etwas über die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes aussagt.¹² Während deutsche Unternehmen versuchen, durch Investitionen im Ausland ihre Weltmarktposition zu stärken, scheinen ausländische Unternehmen ihre Direktinvestitionen in Deutschland kaum mehr auszubauen. 1996 stiegen sie nur

⁹ International Institute for Management Development (Hrsg.): World Competitiveness Yearbook 1997. Lausanne 1997. Die wichtigsten Daten sind auch im WWW abrufbar: <http://www.imd.ch/wcy/>. Noch kritischer wurde die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eingeschätzt in: World Economic Forum: The Global Competitiveness Report 1996. Genf 1996. Weitere Studien sind besprochen von Christoph Vogel in http://www-bior.soz.wi.uni-kl.de/tum/tum_96_4/496vog.htm.

¹⁰ Offizielle Angaben des Statistischen Bundesamtes, abgerufen über <http://www.statistik-bund.de/basis/d/bd18.htm>.

¹¹ Süddeutsche Zeitung, 5.7.97.

¹² Hans Bellendorf: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im weltweiten Strukturwandel. Frankfurt/Main 1994, 206.

noch um 1,1 Milliarden DM. 1995 hatte der Mittelzufluß den Abfluß noch um 18,2 Milliarden DM übertroffen.¹³

Die viel zitierten Lohn- und Lohnnebenkosten werden in der »Standortdebatte« jedoch meistens überschätzt. Angesichts der extremen Unterschiede der Lohnniveaus im Vergleich zu Deutschlands östlichen Nachbarn oder Ländern der sogenannten »Dritten Welt« ist es von vornherein aussichtslos, mit ihnen in einen Wettlauf um die niedrigsten Löhne einzutreten. Die Gefahr ist überdies groß, daß die Reduktion der Lohnkosten durch eine Erhöhung des Wechselkurses der DM überkompensiert wird.¹⁴ Deutschland kann seine Wettbewerbsfähigkeit nur erhalten, wenn es sich weiterhin auf »Schumpeter-Güter« spezialisiert, die im Prozeß »kreativer Zerstörung« die Seite der zukunftssträchtigen Innovationen repräsentieren. Dafür sind in erster Linie hohe Flexibilität, ein hoher Stand und große Kreativität der Technikentwicklung, innovatives Management und höchste Qualität notwendig. Unbeschadet der Notwendigkeit, die Lohnnebenkosten zu senken und dadurch den Produktionsfaktor Arbeit im Verhältnis zu den anderen Faktoren zu begünstigen, hätte der Versuch, die Löhne selbst herunterzufahren, wegen der abnehmenden Kaufkraft problematische Konsequenzen für die Binnennachfrage. Außerdem könnten niedrigere Löhne den notwendigen Druck, nach Rationalisierungen und Innovationen zu suchen, mindern. 1988 hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten produktivitätsbedingt hohe Löhne noch als Zeichen des Wirtschaftserfolges und nicht als Standortnachteil betrachtet.¹⁵ Erhebliche Investitionen wären notwendig, um das wissenschaftliche und technische Potential zu erhöhen, den Ausbildungsstand der Berufstätigen zu verbessern und die Qualität ihrer Arbeit zu steigern. Effizientere Produktionsabläufe und »Total Quality Management« sind nur über

¹³ Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums, zit. n. Süddeutsche Zeitung, 7.7.97.

¹⁴ Bellendorf, 114.

¹⁵ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten. Stuttgart, Mainz 1988. Ziffer 169.

größere Selbständigkeit und höhere Motivation der Mitarbeiter/innen zu erreichen. Gleichzeitig müsste eine Spezialisierung erfolgen auf Güter und Dienstleistungen, für die in Zukunft voraussichtlich eine hohe Nachfrage bestehen wird¹⁶: Neben den häufig zitierten »Zukunftstechnologien« gehören dazu auch »ökologische Produkte«, die die für nachhaltiges Wirtschaften so notwendige Effizienzrevolution einleiten. Außerdem ist in der fachwissenschaftlichen Diskussion unbestritten, daß neben den ökonomischen die »gesellschaftlichen Standortbedingungen« eine ebenfalls große Rolle spielen. Hierzu gehören die Infrastruktur, die soziale Sicherheit und der soziale Friede.¹⁷ Schließlich ist auch darauf hinzuweisen, daß die Einfuhr von Produkten, die in anderen Ländern günstiger hergestellt werden können, für die Verbraucher hierzulande erhebliche Vorteile hat, auch wenn einzelne Produktionszweige in Deutschland dann Einbußen hinnehmen müssen. Es wäre fatal, wenn finanzielle Mittel in großem Ausmaß dafür verschwendet würden, Produktionsstrukturen aufrechtzuerhalten, die nicht zukunftsfähig sind, anstatt dieselben Mittel für die notwendige soziale Abfederung von Strukturanpassungen und zukunftsorientierte Investitionen auszugeben. Leider neigt die Politik dazu, Produzenteninteressen stärker zu berücksichtigen als Konsumenteninteressen, zumal wenn erstere gut organisiert auftreten.¹⁸

Verantwortung für das Weltgemeinwohl

Würde jede Nation nur kurzfristigen Eigeninteressen folgen, hätte dies dramatische Auswirkungen auf diesen Planeten. Die heute schon extremen Unterschiede zwischen arm und reich würden weiterhin wachsen, die ökologische Stabilität

¹⁶ Vgl. Burkart Lutz; Matthias Hartmann; Hartmut Hirsch-Kreinsen (Hrsg.): Produzieren im 21. Jahrhundert: Herausforderungen für die deutsche Industrie. Ergebnisse des Expertenkreises »Zukunftsstrategien«, Band I. Frankfurt/M. u.a. 1996.

¹⁷ Bellendorf, 20.

¹⁸ Nunnenkamp/Gundlach/Agarwal, 130.

der Erde würde gefährdet. Angesichts dieser Gefahren müssen die Grenzen des globalen Wettbewerbs deutlich gemacht werden.¹⁹ Reine Standortpolitik ohne internationale Abstimmung schadet letztlich allen. Es stünde Deutschland gut an, wenn es als einer der wichtigsten »global players« nicht nur eigene Interessen im Blick hätte, sondern in der internationalen Politik wie im eigenen Land Schritte in Richtung der Förderung einer »fairen« Globalisierung unternähme. Im Grunde bedarf es erstmals der fairen Aushandlung eines Weltgesellschaftsvertrags. In der dazu notwendigen »Weltinnenpolitik« (Carl Friedrich von Weizsäcker) müssten die Akzente auf drei Schwerpunkte gelegt werden: Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung und globale Ordnungspolitik.

1,3 Milliarden Menschen leben auf diesem Planeten in extremer Armut. Auf dem »Welternährungsgipfel« vom November 1996 in Rom war von 840 Millionen hungernden Menschen die Rede, deren Zahl bis zum Jahr 2015 halbiert werden sollte. Dies kann nur gelingen, wenn die Armen selbst als Subjekte ihrer Entwicklung anerkannt und unterstützt werden. Sie wissen selbst am besten, welche »Entwicklung« gut für sie sein könnte. Sie allein wehren sich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung seitens der nationalen Eliten, die bisher in vielen Ländern die bestehenden Interdependenzen zwischen Nord und Süd zu ihrem Vorteil auszunutzen verstanden. Die Aufgabe der reichen Nationen besteht deshalb darin, die Solidaritätsbewegungen der Armen in dieser Subjektwerdung zu unterstützen, ohne der Gefahr paternalistischer Bevormundung zu erliegen.

Ein diesen Maximen entsprechendes Entwicklungsmodell ist das der »armutsorientierten« oder besser »armenorientierten« Entwicklungspolitik, das die »Grundbedürfnisstrategie« der 70er Jahre fortschreibt. Es wurde in einem Beschluß vom 10.05.90 vom Bundestag bekräftigt²⁰, vom Zentralko-

¹⁹ Die Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs: Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit. München 1997.

²⁰ Der Beschlußtext entspricht dem Antrag »Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch Hilfe zur Selbsthilfe«, Deutscher Bundestag, Drucksache 11/ 6137, 19.12.89.

mittee der Deutschen Katholiken unterstützt²¹ und bildet offiziell auch die Basis der Arbeit des BMZ.²² Kirchliche Einrichtungen der Entwicklungspolitik richten sich in ihrer praktischen Arbeit schon lange nach diesen Prinzipien.²³ Internationale Organisationen wie die Weltbank, die Commission on Global Governance, die UN-Vollversammlung mit ihrer Proklamation des »Internationalen Jahres der Beseitigung der Armut 1996« oder erst kürzlich das DAC (Development Assistance Committee) der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) haben das Ziel der Armutsbekämpfung an die erste Stelle ihrer Prioritätenliste gerückt.²⁴ Trotzdem hat es faktisch immer noch ein zu geringes Gewicht, und zwar sowohl im Rahmen der Projektförderung wie auch auf der Ebene des Politikdialoges, wo immer wieder deutlich wird, daß außen- und wirtschaftspolitische Interessen die Armenorientierung eben doch in den Hintergrund drängen.

»Armenorientierte Entwicklungspolitik« bedeutet zunächst, daß alle entwicklungspolitischen Maßnahmen daraufhin überprüft werden müssen, welche Folgen sie für die Schwächsten einer Gesellschaft haben. Marktorientierte Maßnahmen müssen mit Maßnahmen zur sozialen Absicherung der Risiken des Marktes verbunden werden. Aber als »Hilfe zur Selbsthilfe« nimmt das Konzept die Armen nicht nur als Betroffene ernst. Es geht aus von den Initiativen und Organisationen der Armen und ihren Fähigkeiten zur gegenseitigen Solidarität. Projekte, die die Partizipation der Armen voraussetzen und fördern, stärken deren Selbsthilfepotentiale und die Chancen politischer Veränderungen von unten. »Selbsthilfe marginaler Gruppen bedeutet ex definitione immer einen Konflikt mit dem dominierenden Sy-

²¹ Offensive für die Armen, in: Herder-Korrespondenz 45 (1991), 79-84.

²² Vgl. BMZ (Hrsg.): Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe: Selbsthilfebewegungen als Partner der Entwicklungszusammenarbeit Bonn 1990 (BMZ-aktuell 006); BMZ (Hrsg.): Hauptelemente der Armutsbekämpfung, Bonn 1992 (BMZ-aktuell 020).

²³ Hans-Rimbert Hemmer/Herbert Kötter: Armutsorientierte kirchliche Entwicklungsarbeit, Aachen 1990 (Misereor-Dialog, Nr. 8).

²⁴ So das DAC in seinem Bericht »Shaping the 21st Century«: <http://www.oecd.org:80/dac/htm/stc> (31.10.96) (mehrere Dateien).

stem.«²⁵ Solche Basisinitiativen der Armen werden deshalb häufig politisch unterdrückt. In rechtsstaatlich ungesicherten Gesellschaften sind sie der Willkür der Verwaltungen und der wirtschaftlich und politisch Mächtigen ausgeliefert. Deshalb ist es von größter Bedeutung, daß die Entwicklungsländer durch interne wirtschaftliche, politische und soziale Reformen diese Selbsthilfepotentiale freilegen und fördern, was erhebliche Anstrengungen in Bildung und Ausbildung (Humankapital), Aufbau von Gesundheitsdiensten, Aufbau sozialer Sicherungssysteme, v. a. aber strukturelle Veränderungen erfordert (z.B. Landreformen). Die Durchsetzung solcher Reformen muß aus der »Ersten Welt« mit finanzieller, personeller und technischer Hilfe, mit Menschenrechtsarbeit und »Politikdialog« solidarisch abgesichert werden. Deshalb ist es auch sinnvoll, Entwicklungshilfe an die Inangriffnahme solcher Reformen und die Einhaltung der Menschenrechte zu binden, ohne daß diese deshalb politisch im Interesse der Geberländer instrumentalisiert werden dürfen.

Der Begriff der »nachhaltigen Entwicklung« hat sich seit der UNCED-Konferenz 1992 in Río weithin durchgesetzt. Das Erfolgsrezept seiner Akzeptanz war die Verbindung von Entwicklung als Kampf gegen die Armut mit einem Umweltschutz, der in den armen Ländern lange Zeit in Konkurrenz zur Armutsbekämpfung als Luxus und Privileg der Reichen verstanden worden war. Der Brundtland-Bericht definiert »sustainable development« als eine Entwicklung, »die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.«²⁶ Die Forderung, diese Entwicklung »dauerhaft« zu gestalten, gilt für alle im gleichen Maße und ist deshalb nicht nur auf die »Dritte Welt« zu beziehen. Es sind gerade die von der »Ersten Welt« verursachten ökologischen Probleme, die eine Blockade der Globalisierung bilden: die nordatlantischen Standards von Umwelt- und

²⁵ Hemmer/Kötter a.a.O., 119.

²⁶ Volker Hauff (Hrsg.), Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987, 46.

Ressourcenverbrauch sind nicht universalisierbar. Auf Grund der Einsicht, daß Armutsbekämpfung in der »Dritten Welt« nur möglich ist, wenn die »Erste Welt« ihr umweltgefährdendes Wachstumsmodell aufgibt, hat das Bischöfliche Hilfswerk Misereor zusammen mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«²⁷ in Auftrag gegeben und sich dadurch viel Kritik eingehandelt. Unabhängig von einzelnen kritikwürdigen Details ist aber der Grundansatz dieser Studie richtig: Geht man von der moralischen Gerechtigkeitsforderung aus, daß der »Umweltraum« allen Menschen und zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen muß (was im übrigen der traditionellen Lehre der »universellen Bestimmung« der Güter entspricht), dann ergibt sich die Forderung, daß die Erste Welt entscheidende Schritte in Richtung eines »zukunftsfähigen« Entwicklungsmodells vorangehen muß, das einmal von allen Menschen gelebt werden kann, ohne die Ökosphäre zu vernichten. Das Prinzip »nachhaltige Entwicklung« verlangt vor allem im Kontext weiter wachsender Weltbevölkerung von den »Industrieländern« eine antizipative »Strukturanpassung« an eine politisch auf globaler Ebene anzustrebende Ordnung.²⁸ Dies betrifft den Energie- und Rohstoffverbrauch, den Schadstoffausstoß, die Entwicklung intelligenterer Technik und ökologisch verträglicher Verkehrssysteme, aber auch in gewissem Maße Konsumverzicht und »Entschleunigung« aller naturbelastenden Abläufe. Da vorhandene Ressourcen sowie v.a. die Schadstoffaufnahmekapazität der Erde auch durch technischen Fortschritt nicht gesteigert, allenfalls effizienter genutzt werden können, in den Entwicklungsländern aber stärkeres Wachstum der materiellen Produktion unumgänglich ist, wird es hier echte Verteilungskonflikte geben, die die moralische Forderung des »Teilens« in ihr Recht setzen.

²⁷ BUND/Misereor (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel u.a. 1996.

²⁸ Vgl. Sachverständigengruppe »Weltwirtschaft und Sozialethik«: Wirtschaft: global und ökologisch. Überlegungen zu Ressourcenschonung und Umwelterhaltung. Bonn 1994.

Weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene kann man davon ausgehen, daß sich Märkte spontan von selbst die Rahmenbedingungen schaffen, die sie brauchen, um ihre Funktion der Koordination der Wirtschaftssubjekte tatsächlich effektiv zu erfüllen. »Letztlich wiederholen sich damit auf – jetzt globaler Ebene – dieselben grundlegenden Schwierigkeiten, vor die sich bereits die jungen Industrienationen des 19. Jahrhunderts mit ihrer Option für Wettbewerb und der daraus resultierenden ›Sozialen Frage‹ in bezug auf eine gerechte Gestaltung ihrer Volkswirtschaften gestellt sahen.«²⁹ Insbesondere am Beispiel der »Transformationsländer« des ehemaligen Ostblocks zeigt sich deutlich, daß »ohne Institutionen, die vor allem die Rechte wirtschaftlich Schwächerer schützen, [...] ›mafiose‹ Wirtschaftsstrukturen [entstehen], die dann allzuleicht mit Marktwirtschaften verwechselt werden.«³⁰

Auf nationaler Ebene wird »Ordnungspolitik« und zumindest minimaler sozialer Ausgleich (»Sozialstaat«) inzwischen fast überall als notwendig erkannt. Die Weltbank hat in ihrem jüngsten Weltentwicklungsbericht liberale Vorstellungen eines »Minimalstaates« zurückgewiesen und darauf bestanden, daß der Markt alleine ohne einen starken und effektiven Staat, ohne »good governance«, die Probleme nicht lösen wird, und auch auf internationaler Ebene eine gemeinsame Rahmenordnung notwendig ist.³¹ Sollen die Risiken ungewollter »spill-over«-Effekte vermieden und der Wettbewerb nicht durch unterschiedlich internalisierte externe soziale und ökologische Kosten verzerrt werden, sind international verbindliche Vereinbarungen unverzichtbar. Im Zuge der Globalisierung werden nicht nur Bürger/innen in-

²⁹ Wilhelm Korff: Ethische Probleme der Weltwirtschaftsordnung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 50/92 (4.12.1992), 3–12, hier 4.

³⁰ Joachim Wiemeyer: Die Weltwirtschaftsordnung aus sozialetischer Sicht, in: Marianne Heimbach-Steins/Andreas Lienkamp/Joachim Wiemeyer (Hrsg.): Brennpunkt Sozialethik: Theorien, Aufgaben, Methoden, Freiburg i. Br. u. a. 1995, 347–366, hier 355.

³¹ World Bank (Hrsg.): World Development Report 1997: The State in a Changing World. New York 1997.

nerhalb ihrer Staaten Risiken ausgesetzt, die diese Staaten durch entsprechende Maßnahmen auffangen könnten. Ganze Regionen, Staaten und Volkswirtschaften gehen mit der Globalisierung Risiken ein (Preisverfall von wichtigen Exportprodukten, Naturkatastrophen, Kriege), die sogar so etwas wie eine »Sozialversicherung« auf Weltebene notwendig machen.

Auch wenn größere Erfolge in der Errichtung ordnungs- und sozialpolitisch relevanter Institutionen auf globaler Ebene bislang noch nicht abzusehen sind, schlägt sich die Globalisierung der Herausforderungen immerhin in einer ganzen Serie von Welt-Konferenzen nieder, auf denen zumindest der dringliche Handlungsbedarf deutlich wird, auch wenn es an der Umsetzung oft mangelt: Kindergipfel 1990, Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Río de Janeiro 1992, Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien 1993, Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1994, Weltsozialgipfel in Kopenhagen und Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, Städtegipfel und Welternährungskonferenz 1996, Sondergeneralversammlung der UNO 1997 in New York, fünf Jahre nach der Umweltkonferenz in Río.

Auf den UN-Konferenzen zeigt sich im Gegensatz zum Weltsicherheitsrat, daß dort weniger die Gefahr der Instrumentalisierung der UNO durch die »Industrieländer«, als vielmehr die Gefahr ihres Rückzugs aus den weltweiten Koordinationsversuchen unter gleichmäßiger Beteiligung auch der Entwicklungsländer besteht. Die anstehenden Probleme werden jedoch auch die »Industrieländer« immer wieder an den Verhandlungstisch zurückzwingen. Sonst droht durch die Migration in die Wohlstandsinseln dieses Planeten eine unkontrollierte Zunahme der »Dritten Welt« in der »Ersten Welt«. Ohne Armutsbekämpfung in der »Dritten Welt« droht schließlich die Armut auch in eine für die reichen Länder problematische ökologische Entwicklung oder eine ruinöse Konkurrenz zu führen. »Statt in ein ›social dumping‹ einzutreten, das die Bundesrepublik nicht bestehen kann, gilt es durch internationale Kooperation eine globale Sozialpolitik voranzutreiben, die eine materielle Existenzsi-

cherung aller Menschen und die Angleichung von Lebenschancen in der einen Welt anstrebt.«³²

Glaubwürdig können die reichen Länder für eine gerechtere Wirtschaftsordnung nur eintreten, wenn sie bereit sind, sich selbst den nötigen Regelungen zu unterstellen. Während die »Industrieländer« gegenüber den Entwicklungsländern den freien Welthandel proklamieren, schotten sie ihre Märkte durch ein System progressiv mit dem Verarbeitungsgrad steigender Zölle und nicht-tarifärer Handelshemmnisse vor der Konkurrenz der Entwicklungsländer ab. Durch die so verweigerte Strukturanpassung »beuten die Industrieländer in der Tat freiwillige (oder erzwungene) Vorleistungen der Entwicklungsländer aus.«³³ Solche Anpassungen (v.a. in der Landwirtschaft und arbeitsintensiven Industriezweigen) würden große Probleme verursachen. Sie können weder von heute auf morgen noch ohne eine gerechte Verteilung der Lasten und soziale Abfederung erfolgen. Aber bislang ist trotz der Fortschritte in Richtung eines freieren Welthandels (GATT, WTO) noch kein ausreichender politischer Wille aller »Industrieländer« sichtbar, die eigenen Prinzipien auch wirklich auf sich selbst anzuwenden.³⁴

Zur ständigen Weiterentwicklung des Regelwerks fordern insbesondere UN-Organisationen zunehmend einen Ausbau der internationalen Institutionen bis hin zu einem »Welt-Entwicklungs-Sicherheitsrat«. Vielleicht kann auch die EG in manchem ein Modell für die notwendige globale Koordinierung abgeben.³⁵ Der Ausbau internationaler Institutionen muß aber mit der Fortentwicklung demokratischer

³² Solidarität am Standort Deutschland. Eine Erklärung von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, Frankfurt am Main 1994, 20.

³³ André Habisch/Karl Homann: Der Ertrag der Kooperation. Institutionenethische Zugänge zur Nord-Süd-Problematik, in: André Habisch/Ulrich Pöner (Hrsg.): Signale der Solidarität, Paderborn 1994, 132.

³⁴ Sachverständigenengruppe »Weltwirtschaft und Sozialethik«: Mut zur Strukturanpassung bei uns – Hilfe für die Entwicklungsländer, Bonn 1995.

³⁵ Joachim Wiemeyer, Regeln und Institutionen des Handels zwischen Industrie- und Entwicklungsländern am Beispiel der EG, in: Karl Homann (Hrsg.): Wirtschaftsethische Perspektiven I. Berlin 1994 (Schriften des Vereins für Socialpolitik NF 228/I), 241–273.

Partizipationsmöglichkeiten (nicht nur der souveränen Staaten!) und der Bildung einer internationalen zivilgesellschaftlichen Weltöffentlichkeit einhergehen, damit sich diese neue Ebene politischer Macht nicht jeder Kontrolle entzieht.³⁶

Das Sozialwort der Kirchen und die Globalisierung

Wie eingangs gesagt, nehmen die Kirchen im Sozialwort pointiert auch zu den oben beschriebenen Herausforderungen Stellung. Schon in der Analyse der Ursachen der Arbeitslosigkeit wird auf die Globalisierung hingewiesen (SW 63), ohne daß die Komplexität einer Reihe miteinander verwobener Ursachen aufgehoben und der Streit unter den Experten selbst von kirchlicher Seite entschieden würde. Charakteristisch für die Offenheit und den Realitätssinn des gemeinsamen Wortes in dieser Frage ist gerade, daß unterschiedliche Positionen nicht eingegeben, sondern dargestellt und diskutiert werden.³⁷ Die Globalisierung wird aber nicht nur von den Auswirkungen auf Deutschland her bewertet. Das Dokument sieht auch die Chancen, die sich darin für einen verbesserten Zugang der Entwicklungs- und der Transformationsländer zu den Märkten der reicheren Länder ergeben, benennt aber auch die Gefahr zunehmender Polarisierung in diesen Ländern (SW 87). Die ökologische Krise wird als ein »weltweites Problem« erkannt (SW 78), wobei die besondere Verantwortung der Industrieländer benannt wird, deren Entwicklung »an die Grenzen der Tragkapazität wichtiger ökologischer Systeme stößt« (SW 80). Einer der wichtigsten Sätze des Sozialwortes lautet: »Globalisierung ereignet sich nicht wie eine Naturgewalt, sie verlangt nach politischer Gestaltung.« (SW 88) In dem bemerkenswerten Versuch, einen »Grundkonsens einer zukunftsfähigen Gesellschaft« (SW 126ff) zu formulieren, wird für die nationale Ebene anstelle einer »Marktwirtschaft pur« (SW

³⁶ Heike Walk/Achim Brunnengräber: Die »NGO-Community« im Spannungsfeld von Globalisierungs- und Fragmentierungsprozessen, in: *Peripherie* 59/60 (1995), 118–139.

³⁷ SW 64 beginnt mit dem Satz: »Andere hingegen sehen dies anders.«

146) eine »ökologisch-soziale Marktwirtschaft« (SW 142ff) gefordert, die sowohl der sozialen Gerechtigkeit wie im Blick auf die Umwelt der Forderung der Nachhaltigkeit entsprechen muß. Im Kapitel zur Internationalen Verantwortung werden die zuvor (SW 142–150) dargestellten Prinzipien einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft aber im Grundsatz auch auf die Weltwirtschaft übertragen. »Es geht darum, die internationale Entwicklung unter den Primat der Politik zu bringen und einen Ordnungsrahmen mit wirksamen Sanktionen und Instrumenten zu schaffen.« (SW 241) Dahinter steckt die Erkenntnis, daß die Probleme in einer global vernetzten Welt weder auf nationalstaatlicher Ebene noch durch ungesteuerte und unkontrollierte Marktprozesse gelöst werden können. Dabei wird im Sozialwort der Blick fast ausschließlich auf die weltweite ordnungspolitische Fragestellung bezogen. Dadurch kommt zu kurz, daß gerade auch aus der internationalen Verantwortung eine massive Infragestellung des Wohlstandsmodells der reichen Länder erwächst. Schließlich impliziert internationale Verantwortung die hier (SW 165) und in dem Katalog entwicklungspolitischer Forderungen in (SW 242) nur am Rande erwähnte Wahrnehmung und Bekämpfung der Armut.

Um die eingeschränkte Sozialpflichtigkeit des internationalen Kapitals (SW 162) konkret zu realisieren, bedarf es des Aufbaus internationaler Institutionen, die ordnungspolitische Funktionen wahrnehmen können. Auf »erste Ansätze« wie die UN, den IWF oder die WTO wird verwiesen und deren Weiterentwicklung empfohlen (SW 163). Die Durchsetzung von Regeln und Standards hängt jedoch nicht allein von ordnungspolitischer Kompetenz, sondern sicherlich ebenso von demokratischer Legitimität ab, die wegen des Fehlens einer Weltzivilgesellschaft und des Mangels an Demokratie in vielen Ländern global noch kaum herzustellen ist.

In SW 165 wird im Blick auf die Wahrnehmung internationaler Verantwortung nicht nur an das wohlverstandene langfristige Eigeninteresse Deutschlands erinnert oder auf eine universalistische Moral rekuriert, sondern interessanterweise von der Identität der Bundesrepublik Deutschland her argumentiert. »Die Bundesrepublik Deutschland ist auf-

grund ihrer sozial- und umweltpolitischen Erfahrungen, ihrer im Grundgesetz verankerten politischen Überzeugungen und der eingegangenen europäischen Bindungen in besonderer Weise verpflichtet, alles, was in ihrer Macht steht, zu tun, um diesen Grundsätzen auch international zum Durchbruch zu verhelfen.« (SW 165) Ein solcher Ansatz wäre geeignet, die Bearbeitung der historisch bedingten Identitätsproblematik der Deutschen zu unterstützen. Der Gedanke, daß Deutsche in besonderer Weise zu internationaler Verantwortung verpflichtet seien, ohne natürlich in kulturimperialistischer Manier wieder einmal die Weltgenesung am deutschen Wesen zu empfehlen, verdiente größere Berücksichtigung in einer breiten Öffentlichkeit und könnte mit dazu beitragen, die Lethargie und den Zukunftspessimismus zu überwinden, die unser Land derzeit offenbar überziehen und blockieren.